



Niederschrift

29. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Sitzungstermin:	Dienstag, 08.03.2016
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:57 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
-----------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE
Herr Pete Heuer	SPD
Frau Babette Reimers	SPD
Herr Lars Eichert	CDU/ANW
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen

zusätzliches Mitglied

Frau Anja Heigl	DIE aNDERE	
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	bis 19:50 Uhr

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Dau	SPD	
Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten	
Herr Bernd Putz	Beirat für Menschen mit Behinderung	
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	bis 21:35 Uhr
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	
Herr Rudi Wiggert	SPD	

Beigeordneter

Herr Andreas Goetzmann

i. V. für den
Beigeordneten GB 4

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Wolfhard Kirsch

Bürgerbündnis

entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Frank Kulok

Bürgerbündnis

entschuldigt

Herr Christian Schirrholtz

DIE LINKE

entschuldigt

Gäste

Herr Norman Niehoff

Bereich Verkehrsentwicklung (zu TOP 4.1, 4.2)

Herr Reik Becker

Bereich Verkehr und Technik (zu TOP 4.3)

Frau Viola Holtkamp

Bereich Verbindliche Bauleitplanung (zu TOP 4.4,
4.6, 4.7)

Herr Dieter Lehmann

Bereich Stadterneuerung (zu TOP 4.8, 4.10)

Frau Siegrun Rabbe

Sanierungsträger/ ProPotsdam (zu TOP 5.1)

Protokoll:

Frau Anhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.02.2016 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung (teilweise vorbehaltlich
der Überweisung aus der Stadtverordnetenversammlung 02.03.2016)
- 4.1 Verkehrserschließung Krampnitz
Vorlage: 15/SVV/0694
Fraktion DIE LINKE
überwiesen in SBV, OBR Fahrland, Groß Glienicke, Neu Fahrland
(sh. Berichterstattung im SBV-Ausschuss 19.01.2016)

- 4.2 Krampnitz Verkehrserschließung
Vorlage: 15/SVV/0745
Fraktion CDU/ANW
OBR Fahrland, Neu Fahrland, Groß Glienicke
(sh. Berichterstattung im SBV-Ausschuss 19.01.2016)
- 4.3 Lichtmasterplan
Vorlage: 16/SVV/0062
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL (ff)
- 4.4 Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung,
hier: Prioritätenfestlegung 2016-2017
Vorlage: 16/SVV/0052
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL, OBR
- 4.5 Pflingstberghang / Villa Henckel - Lösungsvorschlag zur Vermeidung
langjährigen Streits um die öffentliche Zugänglichkeit
Vorlage: 16/SVV/0079
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.6 Bebauungsplan Nr. 37 B "Babelsberger Straße", 2. Änderung, Teilbereich
Friedrich-List-Straße, Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag
Vorlage: 16/SVV/0097
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.7 Bebauungsplan Nr. 125 "Uferzone Griebnitzsee" Abwägung und
Satzungsbeschluss
Vorlage: 16/SVV/0098
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL
- 4.8 Bebauungsplan SAN - P 02 "Block 15 Potsdam", Abwägung und
Satzungsbeschluss zur 1. Änderung
Vorlage: 16/SVV/0099
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.9 Erhaltungssatzung "Am Kanal-Stadtmauer"
Vorlage: 16/SVV/0100
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.10 Bebauungsplan Nr. 64 "Garde-Ulanen-Kaserne", Aufstellungsbeschluss zur 1.
Änderung, Teilbereich "Gewerbefläche"
Vorlage: 16/SVV/0109
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Kurzinformation zum städtebaulichen Realisierungswettbewerb Plantage

- Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6 Sonstiges
- 6.1 Anpassung der Ampelschaltung für Menschen mit Sehbehinderung

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.02.2016 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 23.2.2016 gibt es keine Einwände; sie wird wie vorgelegt mit 6:0:0 bestätigt.

Zur Tagesordnung gibt es keine Anmerkungen. Der Ausschussvorsitzende stellt sie wie vorgelegt zur Abstimmung; sie wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederechte gibt es nicht.

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Der Ausschussvorsitzende berichtet, dass über die Bauvorhaben im Vorfeld der Sitzung beraten wurde und der bestehende Überhang nun abgearbeitet sei. Weiterer Redebedarf hierzu besteht nicht.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung (teilweise vorbehaltlich der Überweisung aus der Stadtverordnetenversammlung 02.03.2016)

zu 4.1 Verkehrserschließung Krampnitz Vorlage: 15/SVV/0694

Fraktion DIE LINKE

überwiesen in SBV, OBR Fahrland, Groß Glienicke, Neu Fahrland
(sh. Berichterstattung im SBV-Ausschuss 19.01.2016)

i.V.m.

zu 4.2 **Krampnitz Verkehrserschließung**

Vorlage: 15/SVV/0745

Fraktion CDU/ANW

OBR Fahrland, Neu Fahrland, Groß Glienicke

(sh. Berichterstattung im SBV-Ausschuss 19.01.2016)

Der Vorschlag des Ausschussvorsitzenden, die beiden Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 im Verbund zu behandeln wird angenommen.

Der Ausschussvorsitzende bringt zunächst den Antrag DS 15/SVV/0694 ein und erläutert ihn. Er weist darauf hin, dass seiner Kenntnis nach der Antrag noch nicht in den betreffenden Ortsbeiräten, Fahrland, Groß Glienicke und Neu Fahrland behandelt worden ist und schlägt darum vor, den Antrag zurückzustellen bis er auch dort votiert wurde.

Herr Eichert bringt den Antrag DS 15/SVV/0745 ein und erläutert ihn. Er könne die Begründung der Platzierungen bzw. des gewählten Siegerentwurfes nicht richtig nachvollziehen und bittet dahingehend die Verwaltung um Nacharbeit. Er schlägt vor, auch diesen Antrag zurückzustellen und die Stellungnahme der Verwaltung abzuwarten, in der sie ihre Entscheidung detaillierter begründet. Es sei bisher noch nicht deutlich genug herausgestellt worden, warum man sich so und nicht anders entschieden habe.

Herr Goetzmann erinnert daran, dass hier ein interdisziplinärer Wettbewerb durchgeführt wurde. Die einbezogenen Teilbereiche Verkehr, Landschaft und Städtebau sollten auch weiterhin gleich gewichtet werden und man sollte sich nicht zu sehr auf nur einen Teilbereich konzentrieren. Er sagt die gewünschte Qualitätsbewertung zu, warnt aber davor, im Nachhinein die gefällte Entscheidung infrage zu stellen und/oder einen anderen Gewinner zu küren. Es könne hierbei ausschließlich nur um die Schaffung von Transparenz gehen.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) macht den eigentlichen Auftrag noch einmal deutlich und stellt klar, dass es bei der Untersuchung gerade nicht um eine Konzentration auf eine der drei Teilgebiete ging, sondern um die verkehrlichen Zusammenhänge insgesamt. Im Resultat sei festzustellen, dass die bevorzugte Lösung funktioniere und mit einer Umsetzung auch weiterhin ein leistungsfähiges Verkehrssystem zur Verfügung steht.

Frau Hüneke empfiehlt, sich die Entwürfe und speziell den Siegerentwurf nochmals persönlich vorstellen und erläutern zu lassen, wie ihre Fraktion es getan habe, anstatt die Verwaltung hier nochmals begründen zu lassen. Das sei effektiver.

Frau Reimers spricht sich für den Siegerentwurf aus. Die Gewichtung sollte nicht infrage gestellt werden.

Herr Jäkel hält es für einen Mangel, dass bei der vergleichenden Verkehrsbewertung der Entwürfe für Fußgänger nur der Kreuzungsbereich im

unmittelbaren Eingangsbereich des Gebietes betrachtet worden ist und nicht das gesamte Wettbewerbsgebiet. So wurden die zusätzlichen kreuzungsfreien Zuwegungen mehrerer Entwürfe zum Ufer im Vergleich völlig ignoriert. Auch zeigen die Lösungen für MIV und ÖV sehr wohl unterschiedliche Qualitäten. Es gab auch bessere Lösungen als den des Siegerentwurfes. Er strebe aber kein konkurrierendes Wettbewerbsverfahren an. Es gehe hier nur darum, die verkehrliche Lösung am Eingang des neuen Wohngebietes Krampnitz unter Einbeziehung der anderen vorliegenden Wettbewerbsbeiträge zu verbessern.

Herr Schütt verweist auf das Papier der Verwaltung vom 19.1. und darauf, dass es sich hierbei lediglich um Prognosen handelt. Er fragt, auf welcher Basis diese erstellt wurden; wann war beispielsweise die letzte Verkehrszählung? Er bittet die Verwaltung, die entsprechenden Zahlen für das Protokoll zur Verfügung zu stellen. Auch er präferiert eine Vertagung bis die drei betroffenen Ortsbeiräte votiert hätten.

Herr Niehoff benennt Knotenströme, die regelmäßig gezählt würden als Grundlage der bestehenden Daten. Er zeigt anhand einer Folie Zählstellen entlang der B2. In die Prognose wurden einbezogen, der Ist-Zustand, die Situation, wenn Krampnitz mit dazu kommt sowie die allgemeine Prognose für Potsdam. Die erbetenen Zahlen der letzten Knotenströmungszählung(en) wird er für das Protokoll nachreichen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vertagung der DS 15/SVV/0694 bis nach ihrer Behandlung in den Ortsbeiräten, Fahrland, Groß Glienicke und Neu Fahrland zur Abstimmung. Der Vorschlag wird einstimmig **angenommen**.

Herr Eichert beantragt, auch die DS 15/SVV/0745 in die drei Ortsbeiräte Fahrland, Groß Glienicke und Neu Fahrland zu überweisen und deren Stellungnahmen abzuwarten. Danach solle die DS nochmals im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr aufgerufen werden.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag von Herrn Eichert zu Abstimmung. Er wird ebenfalls einstimmig **angenommen**.

zu 4.3 Lichtmasterplan
Vorlage: 16/SVV/0062
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KOUL (ff)

Frau Hüneke bittet für den Einbringer um nochmalige Zurückstellung des Antrages auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 22.3., da hier noch Abstimmungsbedarf besteht.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag auf Vertagung zur Abstimmung. Er wird einstimmig **angenommen**.

zu 4.4 Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier: Prioritätenfestlegung 2016-2017

Vorlage: 16/SVV/0052

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL, OBR

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie. Sie geht auf einzelne Bebauungspläne anhand der Prioritätenliste ein, gibt Auskunft über die Voten aus den Ortsbeiräten, wobei der Ortsbeirat Grube erst noch tagt und geht näher auf das Votum aus dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 18.2. ein (sh. Niederschrift KOUL-Ausschuss vom 18.2.).

Herr Heuer meint, der B-Plan Nr. 146 solle in der Priorität 11 verbleiben. Er, wie auch andere Mitglieder, möchte wissen, welche Adresse sich bezüglich des B-Plans Nr. 149 konkret hinter der Formulierung „Baurechtschaffung für dringend benötigten Wohnungsbau“ verbirgt. Mehrere Mitglieder äußern sich kritisch gegenüber einer solchen „Dummy-Position“ und erachten es als problematisch, eine Art Platzhalter zu beschließen.

Bezüglich dem B-Plan Nr. 149 Michendorfer Chaussee erkundigt sich Herr Heuer nach dem konkreten privaten Investor.

Frau Holtkamp wie auch Herr Goetzmann gehen auf diese und weitere Nachfragen ein. So handele es sich bei der Baurechtschaffung laut Frau Holtkamp um den Schrägen Weg in Potsdam Bornim. Der Privatinvestor für die Michendorfer Chaussee (B-Plan Nr. 149) sei die Deutsche Telekom.

Auf die Nachfrage von Frau Reimers, was bezüglich B-Plan Nr. 78 im Französischen Quartier geändert werden soll erläutert Herr Goetzmann, es ginge um das Kunsthaus sans titre e. V., dessen Nutzung bei gleichzeitiger Schließung der Straßenfront erhalten bleiben soll.

Ergänzend zur Frage nach der Verwendung von Platzhaltern führt er aus, dass die Liste durch eine konkrete Benennung nicht geschlossen werden sollte und man sich deswegen für diese Vorgehensweise entschieden hätte.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Prioritäten im Bereich Verbindliche Bauleitplanung für die Jahre 2016 bis 2017 gemäß der in Anlage 2 dargestellten Kurzübersicht auf Grundlage der im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.03.2001 zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung (DS 01/SVV/059/2) getroffenen Festlegungen und dazu nachfolgender Beschlüsse.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.5 Pflingstberghang / Villa Henckel - Lösungsvorschlag zur Vermeidung langjähriger Streits um die öffentliche Zugänglichkeit**Vorlage: 16/SVV/0079**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann bringt die Vorlage ein und erläutert sie ausführlich anhand einer PowerPoint-Präsentation. Er nimmt Bezug auf die Standpunkte der Vertragsparteien, der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) sowie der MDB Vermögensverwaltungs KG und geht auf die Unterschiede der dargestellten Varianten A und B ein. Strebe man eine einvernehmliche Lösung an, komme dabei nur die Variante B infrage. Eine Alternative zu einer einvernehmlichen Lösung wäre nur ein ordnungsbehördliches Verfahren bis hin zu einem Klageverfahren, was nicht nur aufschiebende Wirkung hätte und demzufolge jahrelangen Stillstand bedeuten würde, sondern auch eine Entscheidung bezüglich einer Grenzziehung offen ließe.

Frau Heigl bringt den Änderungsantrag der Fraktion Die aNDERE ein und erläutert ihn.

„Der Hauptausschuss möge die DS 16/SVV/0079 in der folgenden Neufassung beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf eine mit dem B-Plan konforme und für die Stadt kostenneutrale Lösung hinsichtlich der Parkanlage „Pflingstberghang/Villa Henckel“ hinzuwirken (Grundlage ist der B-Plan Nr. 48 „Am Neuen Garten“).

2. Gespräche zu notwendigen Arrondierungen der Binnengrenze zur privaten Parkanlage sind dahingehend zu führen, dass:

- bestehende Diskrepanzen zwischen den Abgrenzungen der Privatparzelle und den B-Plan-Festsetzungen „private Parkanlage“ und „öffentliche Grünfläche“ ausgeräumt werden

- eine größtmögliche Nutzbarkeit für die Bevölkerung im Bereich der öffentlichen Parkanlage erreicht wird.

Grundlage ist die Anlage 1 „Variante B-Plan (mit Flächentausch und Arrondierung)“.

3. Zur Einhaltung des B-Planes gehört auch die öffentliche Zugänglichkeit der Grün-/Parkfläche. Diese ist durch Verwaltungshandeln sicherzustellen.

4. Die Herstellung der Parkanlage, deren Pflege und Erhaltung ist nicht Aufgabe der Stadt. Eine Beteiligung finanzieller Art wird ausgeschlossen.“

Herr Tomczak ergänzt begründend, der Vorschlag der Verwaltung komme nicht

infrage; der Rundweg solle wie im Änderungsantrag gefordert erlebbar sein. Er fordert, sich an die Aussagen des B-Planes zu halten. Wenn eine einvernehmliche Lösung nicht möglich ist, solle man es auf ein ordnungsbehördliches Verfahren ankommen lassen. Die Stadt dürfe sich nicht erpressen lassen. Zudem weist er auf die bestehenden Eigentumsverhältnisse hin und regt in Richtung der Verwaltung an, gegenüber den beiden Vertragsparteien nochmals gesondert auf die Einhaltung des Vertrages zu drängen.

Mehrere Mitglieder sprechen sich für mehr Sachlichkeit in der Diskussion und die Variante B der Vorlage der Verwaltung aus, wobei größtenteils Einigkeit darüber besteht, den Punkt vier der Ursprungsvorlage, der eine Kostenbeteiligung der Stadt vorsieht, zu streichen. Die Mitglieder sprechen sich deutlich gegen jeglichen finanziellen Nachteil zu Lasten der Landeshauptstadt aus, hier sollten noch einmal andere Möglichkeiten der Finanzierung geprüft werden.

Herr Berlin kritisiert das Vorgehen der SPSG und regt an, über den Abschluss eines Verhaltenscodex mit ihr nachzudenken. Außerdem fragt er nach der rechtlichen Bindung, im Falle eines Beschlusses des vorgenannten Änderungsantrages.

Herr Jäkel spricht sich, entgegen anderer Mitglieder, für den Änderungsantrag und gegen die Vorlage der Verwaltung aus. Die Fraktion DIE LINKE sei für eine Änderung der Begrenzung offen und setze sich dafür ein, dass der größere Teil der Parks für die Öffentlichkeit erlebbar bleibt.

Auf die Frage von Herrn Berlin zur rechtlichen Bindung bezüglich des Änderungsantrages bemerkt Herr Goetzmann, dass die dort vorgeschlagene Abgrenzung eventuell nicht zu hundert Prozent übernommen werden könne und ggf. korrigiert werden müsse.

Herr Heuer stellt den Änderungsantrag, den Punkt vier aus der Vorlage der Verwaltung zu streichen.

~~4. Hinsichtlich der laufenden Pflege und Erhaltung kann eine Kostenbeteiligung durch die Landeshauptstadt vorgesehen werden, die unter Haushaltsvorbehalt zu stellen ist. Die Kostenbeteiligung darf höchstens dem Aufwandsanteil auf den öffentlich nutzbaren Flächen entsprechen.~~

Herr Eichert stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Nachdem es weder Für- noch Gegenreden gibt, stellt der Ausschussvorsitzende den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung. Er wird einstimmig **angenommen**.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag der Fraktion Die aANDERE zur Abstimmung.

Der Hauptausschuss möge die DS 16/SVV/0079 in der folgenden Neufassung beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf eine mit dem B-Plan konforme und für die Stadt kostenneutrale Lösung hinsichtlich der Parkanlage „Pfungstberghang/Villa Henkel“ hinzuwirken (Grundlage ist der B-Plan Nr. 48 „Am Neuen Garten“).

2. Gespräche zu notwendigen Arrondierungen der Binnengrenze zur privaten Parkanlage sind dahingehend zu führen, dass:

- bestehende Diskrepanzen zwischen den Abgrenzungen der Privatparzelle und den B-Plan-Festsetzungen „private Parkanlage“ und „öffentliche Grünfläche“ ausgeräumt werden

- eine größtmögliche Nutzbarkeit für die Bevölkerung im Bereich der öffentlichen Parkanlage erreicht wird.

Grundlage ist die Anlage 1 „Variante B-Plan (mit Flächentausch und Arrondierung)“.

3. Zur Einhaltung des B-Planes gehört auch die öffentliche Zugänglichkeit der Grün-/Parkfläche. Diese ist durch Verwaltungshandeln sicherzustellen.

4. Die Herstellung der Parkanlage, deren Pflege und Erhaltung ist nicht Aufgabe der Stadt. Eine Beteiligung finanzieller Art wird ausgeschlossen.

Er wird mit 2:3:1 **abgelehnt**.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag von Herrn Heuer auf Streichung des Punktes vier aus der Vorlage der Verwaltung zur Abstimmung.

Er wird einstimmig **angenommen**.

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Vorlage, ohne den Punkt vier, zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf eine einvernehmliche Regelung zwischen der MDB, der SPSG und der LHP betreffend die Nutzung der Parkanlage „Pfungstberghang/Villa Henkel“ hinzuwirken. Grundlage soll die in Anlage 2 dargestellte Variante B der Flächenabgrenzung zwischen der öffentlich nutzbaren Parkanlage und den privat nutzbaren Teilen des wiederherzustellenden Gartenparks sein.

2. Der hierfür erforderlichen Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplans 48 „Am Neuen Garten“ hinsichtlich Abgrenzung und

Größenverhältnis zwischen öffentlicher und privater Parkanlage wird zugestimmt.

3. Voraussetzung für die einvernehmliche Regelung ist die im Nießbrauchvertrag zwischen der MDB und der SPSG garantierte Übernahme der Investitionskosten für die Bereinigung und Wiederherstellung der Parkanlage sowie für die Erneuerung der Villa Schlieffen durch die MDB.

~~4. Hinsichtlich der laufenden Pflege und Erhaltung kann eine Kostenbeteiligung durch die Landeshauptstadt vorgesehen werden, die unter Haushaltsvorbehalt zu stellen ist. Die Kostenbeteiligung darf höchstens dem Aufwandsanteil auf den öffentlich nutzbaren Flächen entsprechen.~~

5. In der einvernehmlichen Regelung ist vorzusehen, dass bereits während der Arbeiten zur Wiederherstellung in einem möglichst weiten Umfang die Zugänglichkeit der Parkanlage wieder gewährleistet wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmhaltung:	0

**zu 4.6 Bebauungsplan Nr. 37 B "Babelsberger Straße", 2. Änderung, Teilbereich Friedrich-List-Straße, Zustimmung zum städtebaulichen Vertrag
Vorlage: 16/SVV/0097**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein, erläutert sie eingehend anhand einer PowerPoint-Präsentation und bittet um Zustimmung.

Auf Nachfrage stellt sie richtig, dass es sich bei den Wohneinheiten (WE) nicht wie von ihr eingangs versehentlich angegeben um 100, sondern um 202 WE handelt. Die Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur der 202 WE seien berücksichtigt worden.

Frau Reimers äußert ihre Enttäuschung über den B-Plan Nr. 37B; so sei das in Rede stehende Areal aus ihrer Sicht prädestiniert für die Nutzung als Gewerbefläche und nicht, wie nun vorgesehen, als Wohnraumfläche.

Auf Frau Reimers Feststellung, wie auch auf die Nachfrage von Herrn Heuer, ob das Vorhaben dem Gestaltungsrat vorgestellt worden sei erläutert Herr Goetzmann, dass sich der Gestaltungsrat sehr intensiv mit diesem Vorgang beschäftigt habe. Die Umwandlung dieser Fläche in Wohnbaufläche erfolgte in einer früheren Entscheidung im Zusammenhang mit der Genehmigung des Bauvorhabens der ILB, deren Fläche zuvor als Wohnbaufläche gewidmet war. Die Formen der möglichen Wohnbebauung sind intensiv geprüft worden. Wegen besonderer Anforderungen aus dem Schallschutz hat sich am Ende eines Variantenvergleichs die hier vorgeschlagene Baukonzeption durchgesetzt, bei der es möglich war, auf hohe Schallschutzmauern zu verzichten.

Herr Wiggert erkundigt sich nach einer möglichen Anbindung des künftigen

Wohngebietes an die Friedrich-List-Straße. Er weist auf das erhöhte Gefahrenpotential für Radfahrer an dieser Stelle hin, auch weil es hier nur einen einseitigen Radweg gebe. Dies solle noch einmal geprüft werden. Herr Goetzmann erläuterte, dass die verkehrliche Anbindung der neuen Wohnungen regelkonform möglich sei und im weiteren Verfahren konkretisiert wird.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Dem Städtebaulichen Vertrag zur Umsetzung von Planungszielen der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 37 B "Babelsberger Straße", Teilbereich Friedrich-List-Straße (gemäß Anlage 2) wird nach § 12 Abs. 1 BauGB zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

zu 4.7 Bebauungsplan Nr. 125 "Uferzone Griebnitzsee" Abwägung und Satzungsbeschluss

Vorlage: 16/SVV/0098

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und begründet sie. Sie empfiehlt, den B-Plan beizubehalten.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass man als der federführende Ausschuss noch das Votum des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung, der die Vorlage am 17.3. behandelt, abwarten müsse, bevor über die Vorlage entschieden werden kann. Demnach soll die Vorlage heute zunächst in 1. Lesung behandelt und die Diskussion dazu geführt werden. In 2. Lesung werde die Vorlage dann in der kommenden Sitzung am 22.3. abschließend aufgerufen.

Diskussionsbedarf besteht nicht. Die Vorlage wird in 2. Lesung in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 22.3. abschließend behandelt.

zu 4.8 Bebauungsplan SAN - P 02 "Block 15 Potsdam", Abwägung und Satzungsbeschluss zur 1. Änderung

Vorlage: 16/SVV/0099

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie ausführlich anhand von Fotos, die diesem Protokoll beigelegt sind.

Während sich Frau Hüneke gegen die Vorlage ausspricht, sind andere Mitglieder der Meinung, der Vorlage zustimmen zu können und betrachten den geplanten Aufbau als unkritisch.

Herr Goetzmann geht auf die geäußerten Bedenken ein.

Herr Berlin hebt eine mögliche Belebung des Warenhauses hervor und hält es für eine positive Möglichkeit, die Stadt aus einem neuen Blickwinkel erlebbar zu machen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan SAN – P 02 "Block 15 Potsdam" 1. Änderung entschieden (gemäß Anlagen 1 und 2).

2. Der Bebauungsplan SAN – P 02 "Block 15 Potsdam", 1. Änderung wird nach § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die dazugehörige Begründung wird gebilligt (gemäß Anlagen 3 und 4).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	1
Stimmhaltung:	0

zu 4.9 Erhaltungssatzung "Am Kanal-Stadtmauer"

Vorlage: 16/SVV/0100

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass die Vorlage bereits in der Stadtverordnetenversammlung am 2.3.16 beschlossen worden ist und daher hier nicht mehr aufgerufen werden braucht.

zu 4.10 Bebauungsplan Nr. 64 "Garde-Ulanen-Kaserne", Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung, Teilbereich "Gewerbefläche"

Vorlage: 16/SVV/0109

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein, erläutert das Anliegen anhand einer PowerPoint-Präsentation und bittet um Zustimmung.

Auf Nachfrage gibt er an, dass es keine Probleme mit angrenzenden Gebäuden gebe.

Herr Jäkel bittet die Verwaltung bis spätestens zur nächsten Stadtverordnetenversammlung bzw. als Anlage zu diesem Protokoll die geplante Gebäudeerweiterung in die Anlage 2 der Vorlage einzuskizzieren und auszureichen. (sie liegt diesem Protokoll bei)

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Geltungsbereich des in Kraft gesetzten Bebauungsplans Nr. 64 "Garde-Ulanen-Kaserne" wird für den in den Anlagen 1 und 2 bezeichneten Teilbereich "Gewerbefläche" das 1. Änderungsverfahren eingeleitet. Das Änderungsverfahren wird unter der Bezeichnung Bebauungsplan Nr. 64 "Garde-Ulanen-Kaserne", 1. Änderung, Teilbereich "Gewerbefläche" durchgeführt.

2. Die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 64 für den Teilbereich "Gewerbefläche" wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung in einem beschleunigten Verfahren durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Kurzinformation zum städtebaulichen Realisierungswettbewerb Plantage
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Rabbe (Sanierungsträger/ ProPotsdam) zeigt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Wettbewerbsarbeit der Kinder und Jugendlichen im Fröbelhort und erläutert die Ergebnisse. Sie stellt begründend dar, welche Ideen der Kinder und Jugendlichen für die Fläche vom Sanierungsträger übernommen werden und welche nicht. Der Teilnehmerrahmen für die einzureichenden Wettbewerbsarbeiten wird 13 Landschaftsplanungsbüros umfassen. Zeitrahmen sowie weitere Details des Realisierungswettbewerbs sind dem in der Sitzung als

Tischvorlage ausgereichten Handout zu entnehmen.

Auf die Kritik von Herrn Wiggert, dass keine Toiletten auf der Fläche vorgesehen sind, entgegnet Herr Goetzmann, dass dies geprüft wurde, aber im Ergebnis nicht zu realisieren sei.

In Bezug auf das vorgesehene Hundeverbot auf dem gesamten Areal regt Herr Jäkel an, dieses als Entgegenkommen an die Anwohner für die Randflächen aufzuheben und dort sogenannte Dog-Stations zur Verfügung zu stellen.

Herr Goetzmann erinnert noch einmal an die vereinbarte Einbindung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und bittet um Verständigung und Rückmeldung an die Verwaltung, wer den Ausschuss als Sachpreisrichter vertreten wird.

Gebeten wird um die Benennung eines Hauptvertreters sowie eines Stellvertreters bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 22.3. Vorgeschlagen wurden bereits in der Sitzung Frau Reimers, Frau Hüneke und Herr Eichert.

zu 6 Sonstiges

zu 6.1 Anpassung der Ampelschaltung für Menschen mit Sehbehinderung

Frau Heigl trägt ein Anliegen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung vor. Hier geht es um die Bitte, zu prüfen, ob Ampeln in Potsdam bzw. die Überquerungshilfe für Menschen mit einer Sehbehinderung nicht nur tagsüber in Betrieb genommen werden, sondern auch nachts aktiv bleiben können. Ampeln sollten auch zu späteren Tageszeiten von Menschen mit Sehbehinderung gefahrlos genutzt werden können. Dies sei zurzeit nicht der Fall.

Um welche Ampel(n) es sich im Einzelfall handelt, konnte nicht mitgeteilt werden.

Die Verwaltung nimmt die Bitte auf und wird eine entsprechende Antwort für die nächste Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vorbereiten.

Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift